



Nr. 97 | Februar 2010

## Willkommen!

*Liebe EWN-LeserInnen,*

zu Beginn des neuen Jahrzehnts leben mehr als 6,835 Milliarden Menschen auf der Erde und damit so viele Menschen wie nie zuvor. Wie die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) zum Jahresende 2009 bekannt gab, wuchs die Bevölkerung im Jahr 2009 weltweit um rund 83 Millionen Menschen, was etwa der Zahl der in Deutschland lebenden Bevölkerung entspricht. Und die Menschheit wächst weiter: jede Sekunde um durchschnittlich 2,6 Erdenbürger. Prozentual wächst die Bevölkerung dabei in Afrika am schnellsten. Im Jahr 2009 hat sie die Eine-Milliarde-Marke überschritten. Nach den Prognosen wird sie bis zur Jahrhundertmitte auf nahezu zwei Milliarden Menschen anwachsen. Dabei können die meisten Länder Afrikas ihre Bevölkerung schon heute nicht ausreichend versorgen. Die Vereinten Nationen haben sich in ihren Millennium-Entwicklungszielen unter anderem dazu verpflichtet, den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, bis zum Jahr 2 015 zu halbieren. Soll dieses Ziel erreicht werden, muss mehr getan werden – auch und vor allem von Seiten der Industrienationen. Dazu gehörten auch Maßnahmen zur Aufklärung und der Zugang zu Verhütung und damit Investitionen in die Familienplanung der Entwicklungsländer. Denn nach Berechnungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen erspart jeder Euro, der in Familienplanung investiert wird, 31 Euro für die Bereitstellung etwa von Wasser, Gesundheitssystemen und Bildung.

*Ihre Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH*

In den heutigen **Eine Welt Nachrichten** finden Sie folgende Rubriken:

- Über uns
- Termin-Nachlese
- Materialien & Medien
- Tipps
- Hintergrund
- Organisation direkt
- Monatshighlight
- Partnergesuche
- Wettbewerbe
- Spruch des Monats
- Kontakt und Hinweise

Veranstaltungen nur noch online unter [service-eine-welt.de/veranstaltung/Veranstaltungen.html](http://service-eine-welt.de/veranstaltung/Veranstaltungen.html)  
Email- und Internetangaben sind in der \*EWN\* als Hyperlink eingerichtet.

**\*\*\*Die nächsten EWN erscheinen am 15. März 2010\*\*\***

## Über uns

### **Internationaler Kongress zum kommunalen Bürgerhaushalt in Berlin**

Mehr als 160 ExpertInnen und PraktikerInnen aus 13 Ländern diskutierten am 21. und 22. Januar 2010 in Berlin über den kommunalen Bürgerhaushalt. In vielen Teilen der Welt – etwa in Afrika und Südamerika – erweist sich der Bürgerhaushalt als erfolgreiches Instrument der Bürgerbeteiligung. Deutsche Kommunen scheinen bisher noch zögerlich zu sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), das Centre Marc Bloch und die Servicestelle luden deshalb zum Erfahrungsaustausch ein. In Foren und Diskussionsrunden analysierten die TeilnehmerInnen die verschiedenen Modelle und Instrumente des Bürgerhaushaltes und ihre Eignung für Deutschland. Berichte von Bürgerhaushalten in Lateinamerika, Afrika, China, Kanada und Europa stießen bei den deutschen KommunalvertreterInnen auf großes Interesse, auch wenn Instrumente oft nicht eins zu eins übertragbar sind. „Bestimmte Elemente, Instrumente und Erfahrungen des Bürgerhaushaltes können und sollen ausgetauscht, übernommen, revidiert und angepasst werden“, sagte Thomas Krüger, Präsident der bpb. „Afrika ist hier viel weiter als wir“, stellte einer der Teilnehmer fest. Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle ergänzte: „Afrika ist ein Kontinent, der reich an sehr unterschiedlichen Beispielen des Bürgerhaushalts ist. Dies könnte in Zukunft zu neuen Modellen führen, in denen Demokratisierung als ein wesentliches Thema erfasst wird, die aber auch die Verteilung von Ressourcen, den Zugang zu Bildung, Wissen und politische Einflussnahme einbeziehen.“ Doch beim Bürgerhaushalt geht es um mehr als die Verteilung knapper Ressourcen: Er mobilisiert Menschen zur Teilhabe an Demokratie, fördert soziale Gerechtigkeit, politische Bildung und Armutsbekämpfung. Wichtig ist dabei sowohl die Einbettung in ein nachhaltiges kommunales Beteiligungskonzept als auch die Transparenz des Verfahrens. Allerdings ist es schwierig, die gelungene Implementierung sichtbar zu machen, denn die Wirkung eines Bürgerhaushaltes ist nur schwer messbar. Doch angesichts vieler neuer Herausforderungen der Kommunen bietet sich der Bürgerhaushalt als ein Instrument an, um den Wandel mitzugestalten. „Wandel ist eine inhärente Eigenschaft des Bürgerhaushaltes, er inspiriert Menschen, etwas zum Guten zu verändern“, bilanzierte Josh Lerner von der New School for Social Research in New York. „Deshalb muss ein Bürgerhaushalt nicht perfekt sein: Beginnen Sie einfach und verbessern Sie ihren Haushalt Jahr für Jahr.“ Die Veranstaltung war hierfür ein interessanter Impulsgeber. Dr. Béatrice von Hirschhausen, Stellvertretende Direktorin des Centre Marc Bloch, sagte: „Ein spannender und anregender Kongress, der den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch befördern soll.“ Antworten, Ideen und Kontakte mit ExpertInnen wie dem nationalen Netzwerk der Bürgerhaushälter bieten die bpb und die Servicestelle.

Kontakt: SKEW, Christian Wilhelm, Fon 0228/4460-1631, Fax 0228/4460-1601,  
[christian.wilhelm@inwent.org](mailto:christian.wilhelm@inwent.org), [www.buergerhaushalt.de](http://www.buergerhaushalt.de)

### **Informationsveranstaltung „Südafrika 2010 – WM-Ausblick in Hannover“**

Der Andrang war groß: Mehr als 200 Gäste aus Hannovers Wirtschaft, Politik und Kultur kamen zur Informationsveranstaltung „Südafrika 2010 – WM-Ausblick in Hannover“ am 21. Januar 2010 in die AWD-Arena. Eingeladen hatten die Niedersächsische Landesregierung, die Südafrikanische Botschaft und die Servicestelle. Auf dem Podium diskutierten Cassandra Mbuyane-Mokone, Gesandte der Südafrikanischen Botschaft, Steven Cherundolo von Hannover 96 und WM-Spieler der US-Nationalmannschaft, Claus Lange, Leiter des Arbeitskreises der Berufsfeuerwehren für die WM 2006 und WM-Berater 2010, und Gerd Kolbe, Leiter des WM-Büros 2006 in Dortmund und ebenfalls WM-Berater 2010 bei „Partnerschaft mit Kick“ sowie Pamina Haussecker, Projektleiterin bei der Servicestelle. Ingeborg Weisig, Leiterin des Referats Internationale Beziehungen der Staatskanzlei Niedersachsen, betonte in ihrem Grußwort, dass Sport in Südafrika gerade nach der Apartheid an Bedeutung gewonnen habe. „Sport ist ein Mittel zur Überwindung von Rassenunterschieden und zur Schaffung einer neuen nationalen Identität“, so Weisig. Mbuyane-Mokone unterstrich vor allem auch die wirtschaftliche Bedeutung der WM. „Durch die WM werden mindestens 55 Mrd. Rand in Südafrikas Wirtschaft fließen und fast eine halbe Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen“, zitierte die Gesandte eine lokale Wirtschaftsstudie. Bei den Themen Sicherheit und Transport waren sich die DiskutantInnen einig, dass die Herausforderungen in Südafrika zwar sehr viel größer seien als 2006 in Deutschland; allerdings würde das Bedrohungsszenario hierzulande häufig stark überzeichnet. So betonten Kolbe und Lange ihr subjektives Sicherheitsempfinden während der Beratungseinsätze in Südafrika und auch Cherundolo zeigte sich zuversichtlich: Vom letzten Aufenthalt in Südafrika wusste sein Team nur Positives zu berichten. Dass es bei einer WM gerade auf lokaler Ebene auch um Entwicklung und Nachhaltigkeit geht, erläuterte Pamina Haussecker anhand typischer Fragen, die die WM-

Organisatoren in Deutschland und Südafrika gleichermaßen beschäftigt haben: Wie bringe ich die Fans schnell und sicher von A nach B? Wie kann ich Energie und Wasser sparen beim Bau und Betrieb eines Stadions? Wie schule ich meine Volunteers für den Umgang mit internationalen Besuchern? Die Lösungsansätze für solche Fragen werden auch über die WM hinaus von bleibender Wirkung für die Bevölkerung vor Ort sein. „Kommunale Strukturen werden so gestärkt, und das nicht nur in Südafrika. Auch die deutschen Kommunen profitieren von den internationalen Erfahrungen ihrer Mitarbeiter“, betonte Haussecker. Schließlich ließ Mbuyane-Mokone keinen Zweifel daran, dass Südafrika die Fußball-WM als historisch einmalige Chance erkannt hat, zur gesellschaftlichen Versöhnung und internationalen Anerkennung des einst durch Apartheid strikt geteilten Landes beizutragen. Infos: SKEW, Pamina Haussecker, Fon 0228 4460-1763, Fax 0228 4460-1601, [pamina.haussecker@inwent.org](mailto:pamina.haussecker@inwent.org), [www.service-eine-welt.de/wm/wm-start.html](http://www.service-eine-welt.de/wm/wm-start.html)

## Termin-Nachlese

04.02.2010, Bonn

### **Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“**

Der Einsatz für die biologische Vielfalt ist für Städte und Gemeinden ein wichtiges Anliegen. Das wurde beim Dialogforum „Biologische Vielfalt in Kommunen“ deutlich, zu dem das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eingeladen hatten. Rund 50 VertreterInnen aus mehr als 30 Kommunen sowie des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nahmen daran teil. Ziel des Dialogforums war, die Kommunen mit der nationalen Strategie der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt bekannt zu machen. Dabei wurden Inhalte und Bedeutung für die kommunale Ebene aufgezeigt. Außerdem ging es um die Frage, welchen Beitrag die Städte und Gemeinden zur Umsetzung der Strategie leisten können, wie die biologische Vielfalt verstärkten Niederschlag im kommunalen Handeln finden kann und wie die Kommunen unterstützt werden können. Im Ergebnis des Dialogforums wurde die Bonner Erklärung „Biologische Vielfalt in Kommunen“ erarbeitet, die konkrete Handlungsansätze für Kommunen beinhaltet. In der Deklaration, die in den folgenden Wochen den Kommunalparlamenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll, sprechen sich die Kommunen unter anderem dafür aus, die Anforderungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt bewusst in die Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubeziehen. Um das Engagement und die Netzwerkarbeit der Städte und Gemeinden im Bereich biologische Vielfalt zu verstetigen, wurde zudem die Gründung eines „Bündnisses der Kommunen“ für die biologische Vielfalt angeregt. Es soll mit konkreten Vorteilen für die Kommunen verbunden sein. Dazu gehören etwa der bundesweite Erfahrungsaustausch, die Verbreitung guter Beispiele und die Möglichkeit, gemeinsam größere Unterstützungsleistungen bei Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu akquirieren. Bei dem Treffen wurde deutlich, dass mit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt auf kommunaler Ebene vielfältige Aufgabenbereiche berührt sind, die neben der Gestaltung und Pflege von Grün- und Freiflächen etwa auch Belange des Gewässerschutzes, die Förderung umweltverträglicher Landnutzungsformen sowie erzielbare Synergien zwischen dem Naturschutz und einer Abmilderung der Folgen des Klimawandels betreffen. Nicht zuletzt kann der Einsatz für den Erhalt der biologischen Vielfalt auch aktiv für das Tourismus- und Stadtmarketing und damit für eine positive Imagegestaltung eingesetzt werden.

[www.bfn.de/0401\\_pm.html?&cHash=4e132464a7&tx\\_ttnews=1&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=2920](http://www.bfn.de/0401_pm.html?&cHash=4e132464a7&tx_ttnews=1&tx_ttnews[tt_news]=2920),

[www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=2152](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=2152)

21.01.2010, Barcelona

### **Europa-Mittelmeer-Kooperation zwischen Regionen und Kommunen**

Regionen und Kommunen aus der Europäischen Union und den Mittelmeer-Anrainerstaaten wollen künftig enger zusammenarbeiten. Auf der konstituierenden Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) beschlossen VertreterInnen beider Seiten, in Bereichen wie Einwanderung, Klimawandel, städtische Entwicklung und Kulturaustausch konkrete Kooperationsprogramme zwischen Kommunen und Regionen auf den Weg zu bringen. Als Hauptinitiator will sich der Ausschuss der Regionen (AdR) mittels ARLEM an der Mittelmeerkoooperation der EU beteiligen und die kommunale und regionale Komponente stärken. Die Versammlung besteht aus 80 Mitgliedern, die sich zu gleichen Teilen aus VertreterInnen der Länder des südlichen Mittelmeerraumes und VertreterInnen des EU-Raumes zusammensetzen. Als an der Euro-Mittelmeer-

Kooperation beteiligte Organisation hat der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) seinen Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Schuster in die Versammlung entsendet. Da Schuster neben seinem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart auch Präsident der deutschen RGRE-Sektion ist, wird er Deutschland und Deutschlands Kommunen speziell in dieser Kooperation vertreten können. Das nächste Treffen der Versammlung wird voraussichtlich im Januar 2011 in Marokko stattfinden.

[www.cor.europa.eu/pages/DetailTemplate.aspx?view=detail&id=01da2561-f039-4abd-a42e-47995ffc0fc5](http://www.cor.europa.eu/pages/DetailTemplate.aspx?view=detail&id=01da2561-f039-4abd-a42e-47995ffc0fc5), [www.ccre.org/news\\_detail\\_en.htm?ID=1766](http://www.ccre.org/news_detail_en.htm?ID=1766)

## **Materialien & Medien**

### **Weltbildungsbericht der UNESCO**

Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise drohen Millionen Kindern in den ärmsten Ländern der Welt den Zugang zu Bildung zu verwehren. Das ist das Ergebnis des Weltbildungsberichts, den die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in New York vorgestellt hat. Dem Bericht zufolge besuchen weltweit immer noch 72 Mio. Kinder keine Schule. Sinkendes Wirtschaftswachstum, steigende Armut und erhebliche Sparzwänge gefährden die Fortschritte der letzten zehn Jahre. Der Bericht schätzt, dass jährlich 16 Mrd. US-Dollar fehlen, um das Ziel „Bildung für alle“ im Jahr 2015 zu erreichen. Der im Auftrag der UNESCO von einem unabhängigen Team verfasste Bildungsbericht „Education for all – Global Monitoring Report“ gibt jährlich einen Zwischenstand nach dem Weltbildungsforum in Dakar 2000, bei dem sich 164 Länder verpflichtet haben, sechs Bildungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen: Ausbau der frühkindlichen Förderung und Erziehung, Grundschulbildung für alle Kinder weltweit, Absicherung der Lernbedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen, Halbierung der Analphabetenrate unter Erwachsenen, Gleichberechtigung der Geschlechter und Verbesserung der Bildungsqualität. Die Deutsche UNESCO-Kommission und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben gemeinsam eine deutschsprachige Kurzfassung des Berichts veröffentlicht, der im Internet heruntergeladen werden kann.

[www.unesco.org/en/efareport/reports/2010-marginalization/embargo-media/](http://www.unesco.org/en/efareport/reports/2010-marginalization/embargo-media/),  
[www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/efareport2010dt.pdf](http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/efareport2010dt.pdf)

### **Broschüre „Sozial-ökologische Mode auf dem Prüfstand“**

Die meisten Anbieter von sozial-ökologischer Mode können etablierte internationale Standards nicht erfüllen. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des SÜDWIND-Instituts, die auf einer Befragung von insgesamt 23 Unternehmen basiert. Bei der Befragung gaben zwar immerhin 69 Prozent der Unternehmen an, alle wichtigen Sozialstandards einzuhalten. Beim Nachweis der Einhaltung dieser Standards zeigte sich jedoch, dass nur vier Unternehmen diese auch unabhängig überprüfen lassen. Bei den Öko-Standards lassen der Studie zufolge dagegen 35 Prozent der Anbieter zumindest einen Teil der Standards von anerkannten externen Einrichtungen überprüfen, doch nur 22 Prozent achten dabei auf alle grundlegenden Standards. Die Studie „Sozial-ökologische Mode auf dem Prüfstand. Überblick und Analyse“ kann zum Preis von fünf Euro (ab zehn Exemplaren 3,50 Euro) bestellt oder im Internet heruntergeladen werden. Die Kurzfassung kostet gedruckt zwei Euro und ab zehn Exemplaren 1,50 Euro.

Kontakt: SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, Dominic Kloos, Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Fon 0177/2804878, [kloos@suedwind-institut.de](mailto:kloos@suedwind-institut.de), [www.suedwind-institut.de/downloads/2009-01\\_som\\_SW-Studie\\_2009-12\\_sozial-oekologische-Mode.pdf](http://www.suedwind-institut.de/downloads/2009-01_som_SW-Studie_2009-12_sozial-oekologische-Mode.pdf)

### **Neuer Spenden-Almanach und Spenden-Siegel-Bulletin**

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) hat seinen Spenden-Almanach und sein Spenden-Siegel-Bulletin aktualisiert. Der Spenden-Almanach bietet neben ausführlichen Einzelportraits der 253 Spenden-Siegel-Organisationen viele Spenden-Tipps, Artikel über eine Tsunami-Prüfung der Internationalen Vereinigung der Obersten Rechnungshöfe sowie eine Forschungsstudie des DZI im Auftrag des Bundesfinanzministeriums zur Evaluierung des 2007 novellierten deutschen Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts und zur nötigen Wiederbelebung der Sammlungsgesetze auf Länderebene.

Das ebenfalls neu erschienene Spenden-Siegel-Bulletin ermöglicht übersichtlich auf zwei Seiten die schnelle und sichere Auswahl seriöser humanitär-karitativer Spendenorganisationen. Der Spenden Almanach hat 400 Seiten und ist zum Preis von 12,80 Euro erhältlich. Das Spenden-Siegel-Bulletin 2/09 kann im Internet heruntergeladen oder gegen Zusendung von drei Briefmarken zu 55 Cent beim DZI bestellt werden. Anlässlich des schweren Erdbebens in Haiti hat das DZI zudem eine Liste mit Namen, Adressen und Kontonummern derjenigen Hilfswerke zusammengestellt, die zu Spenden für die Opfer aufrufen und die das DZI Spenden-Siegel als Zeichen besonderer Förderungswürdigkeit tragen. Bezug: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, [www.dzi.de](http://www.dzi.de), [www.dzi.de/downloads/spenden-siegel-bulletin.pdf](http://www.dzi.de/downloads/spenden-siegel-bulletin.pdf), [www.dzi.de/downloads/DZI-Spenden-Info\\_Haiti-Erdbeben.pdf](http://www.dzi.de/downloads/DZI-Spenden-Info_Haiti-Erdbeben.pdf)

## **Online-Bibliothek zum fairen Handel**

Eine aktuelle Recherche zum fairen Handel bietet die umfangreiche Sammlung auf der Internetseite des Forums Fairer Handel. Inzwischen sind dort etwa 500 Medien rund um den fairen Handel, Hintergründe zum Welthandel, Unterrichtsmaterialien, Filmmaterial, Fachbücher und kostenlose Downloads aufgenommen worden. Ein Suchprogramm mit Schlagworten erleichtert die Recherche. Darüber hinaus stehen Publikationen sowie weitere Papiere wie Positionspapieren des Forums Fairer Handel als Download zur Verfügung.

[www.forum-fairer-handel.de/#0](http://www.forum-fairer-handel.de/#0)

## **Tipps**

### **Hilfsaufruf des kommunalen Weltverbandes für Haiti**

Der Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Governments“ (UCLG) ruft Städte in aller Welt auf, sich an Hilfsmaßnahmen für Haiti zu beteiligen. Im Rahmen einer Geberkonferenz am 25. Januar 2010 in Montreal hat der Oberbürgermeister und Vizepräsident der UCLG, Gérald Tremblay, gegenüber Haitis Präsident René Préval die Bereitschaft der Kommunen erklärt, sich an der Hilfe und am Wiederaufbau zu beteiligen. UCLG möchte die Aktivitäten seiner Mitgliedstädte bündeln und im Internet präsentieren. Kommunen sind daher aufgerufen, dem Weltverband bereits durchgeführte Aktionen oder geplante Vorhaben und Programme zu melden. Aus Deutschland haben dies bisher die Städte Dresden, Hagen, Marburg und München getan. So hat die Landeshauptstadt Dresden 165.000 Euro von den BürgerInnen gesammelt. In Zusammenarbeit mit der Hilfsorganisation archeNova wurden in Haiti unter anderem zwei Kläranlagen für 10.000 Menschen installiert. Die Stadt Hagen installierte mehrere Anlaufstellen, wo BürgerInnen Spenden machen können. Der Rat der Stadt Marburg beschloss eine Spende von 10.000 Euro an das Deutsche Rote Kreuz und der Rat der Stadt München eine Spende über 100.000 Euro als Nothilfe.

[www.cities-localgovernments.org](http://www.cities-localgovernments.org)

### **Online-Bürgerbeteiligung zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**

Welches Umweltthema braucht mehr Aufmerksamkeit? Wo gibt es besonderen Handlungsbedarf? Das Bundesumweltministerium möchte von möglichst vielen Menschen erfahren, was sie dazu denken, und startet deshalb am Mittwoch, 17. Februar 2010 erstmals eine Online-Bürgerbeteiligung. Vier Wochen lang kann BürgerInnen im Internet ihre Meinungen äußern, Vorschläge machen und die Beiträge von anderen kommentieren und bewerten. Nach Abschluss der Online-Phase werden bis zum Sommer zu drei der wichtigsten Themen Fachdialoge stattfinden. Hierzu sollen neben ExpertInnen aus Verbänden auch ausgewählte BürgerInnen eingeladen werden. Die Bürgerbeteiligung ist einer der ersten Schritte für den Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Darin steht nicht nur, was die Bundesregierung auf dem Weg zu einem nachhaltigen Deutschland bisher erreicht hat, sondern auch, in welchen Bereichen sie zukünftig besonders aktiv wird und welche konkreten Ziele sie erreichen möchte. Die Online-Bürgerbeteiligung läuft noch bis zum 17. März 2010.

[www.metreden-u.de](http://www.metreden-u.de)

## **Anmelden für Testkurs zur Fortbildung im fairen Handel**

Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) und das forum für entwicklung+planung (finep) entwickeln mit weiteren Kooperationspartnern unter dem Titel „QualiFair“ eine Weiterbildung für Mitarbeitende der Weltläden und Engagierte im fairen Handel. Ziel ist die Einrichtung eines Lehrgangs zur Ausbildung von Fachkräften im fairen Handel. Die Fortbildung soll aus fünf ein- bis zweitägigen Seminaren zu den Themenfeldern „Fragen des Fairen Handels“, „Bildungskompetenz“, „Marketing“, „Betriebswirtschaft“ und „Personalführung im Weltladen“ bestehen. Starten wird der Kurs voraussichtlich 2011. Mit einem Testkurs soll das Seminarkonzept allerdings jetzt schon erprobt werden. Dieser Testkurs, der sich an MitarbeiterInnen im fairen Handel richtet, findet an drei Wochenenden von April bis Juni 2010 in Frankfurt am Main statt. Voraussetzungen für die Teilnahme sind grundlegende Kenntnisse des fairen Handels durch die Teilnahme an einem „Grundkurs Weltladen“ oder vergleichbare Erfahrungen. Teilnahme sowie Unterkunft sind kostenfrei. Die Rückmeldungen der TeilnehmerInnen werden in die Endfassung des Ausbildungsprogramms einfließen. Anmeldungen sind bis zum 8. März 2010 möglich.

Kontakt: DEAB e.V., Cornelia Korte, 0711/220-7977, [c.korte@deab.de](mailto:c.korte@deab.de), [www.deab.de/](http://www.deab.de/), [www.finep.org/index.php?article\\_id=23&clang=0](http://www.finep.org/index.php?article_id=23&clang=0)

## **Anmelden zum Kindergipfel in Marburg**

Die Stadt Marburg, die 2009 als Hauptstadt des Fairen Handels ausgezeichnet worden ist und ein sehr aktives Kinder- und Jugendparlament hat, ist örtlicher Ausrichter des diesjährigen Kindergipfels der Naturfreundejugend Deutschlands. Unter dem Motto „Eine Welt. Eine Zukunft. Unsere Chance. Wir fairändern!“ kommen vom 13. bis 16. Mai 2010 rund 110 Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland in Marburg zusammen, um den PolitikerInnen zu zeigen, wie sie sich eine gerechtere und nachhaltige Welt vorstellen. Dabei werden sie einen Zukunftsvertrag entwickeln, den sie mit Bundestagsabgeordneten und RegierungsvertreterInnen diskutieren wollen. Wer dabei sein möchte, kann sich jetzt bei der Naturfreundejugend Deutschlands anmelden. Die Anmeldefrist läuft bis zum 25. März 2010. Teilnehmen kann jeder, der im Mai 2010 mindestens zwölf und höchstens 15 Jahre alt ist. Die Teilnahme kostet 30 Euro für vier Tage.

[www.kindergipfel.de](http://www.kindergipfel.de)

## **Umfrage zu entwicklungspolitischem Engagement von Diaspora**

Das im April 2009 gegründete Fachforum Diaspora, Migration und Entwicklung in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland (agl) führt derzeit eine bundesweite Umfrage zum entwicklungspolitischen Engagement von Diaspora durch. Ziel ist es, einen Überblick und Einblick zu erhalten über Arbeitsfelder, Organisationsstrukturen und Aktivitäten der Organisationen der Diaspora im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig soll nach etwaigen Beratungsbedarfen und Kenntnissen der Angebote der Landesnetzwerke gefragt werden. Die Umfrage bildet die erste Etappe eines mehrjährigen und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projektes zur Förderung der Vernetzung zwischen Diaspora-Organisationen mit entwicklungspolitischem Engagement und den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken der agl, die in ihren jeweiligen Bundesländern auch die Umfragen vornehmen.

[www.agl-einewelt.de/them-mue-umfrage.php](http://www.agl-einewelt.de/them-mue-umfrage.php)

## **Hintergrund**

### **Hilfe der Europäischen Union für Haiti**

Die Europäische Union unterstützt das vom Erdbeben zerstörte Haiti mit 422 Mio. Euro. Darauf haben sich die EU-Entwicklungshilfeminister und die Europäische Kommission auf einem Sondertreffen zu Haiti am 18. Januar 2010 verständigt. Es handelt sich sowohl um schnelle humanitäre Hilfe als auch um Geld für den Wiederaufbau. Zudem will die EU eine europäische Gendarmeriegruppe nach Haiti schicken, um mehr Sicherheit zu schaffen. Konkret stellt die EU 122 Mio. Euro für humanitäre Hilfe bereit. Davon kommen 92 Mio. aus den EU-Mitgliedstaaten und 30 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt. Darüber hinaus sind 100 Mio. Euro für rasche Wiederaufbauhilfe vorgesehen, etwa für notdürftige

Siedlungen und Gebäude. Hinzu kommen weitere 200 Mio. Euro, die für den mittel- und langfristigen Wiederaufbau des Landes vorgesehen sind. Letztere speisen sich aus dem Neunten und Zehnten Europäischen Entwicklungshilfefonds (EDF) für Haiti und werden zusätzlich zu den bilateralen Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

[www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/112374.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/112374.pdf),

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/haiti\\_190110.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/haiti_190110.pdf)

## **Bundesverwaltungsgericht zur Nürnberger Friedhofsatzung**

Die Stadt Nürnberg darf in ihrer Friedhofsatzung nicht festlegen, dass auf den städtischen Friedhöfen nur Grabmale aufgestellt werden dürfen, die nicht von Kindern angefertigt wurden. Mit diesem Urteil hat das Bundesverwaltungsgericht am 7. Januar 2010 eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 27. Juli 2009 bestätigt. Darin ist die Bestimmung der Bestattungs- und Friedhofsatzung der Stadt Nürnberg für unwirksam erklärt worden, dass auf städtischen Friedhöfen „nur Grabmale aufgestellt werden dürfen, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des Übereinkommens über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konvention 182), in Kraft getreten am 19. November 2000, hergestellt wurden.“ Damit wurde zu diesem Thema weiterhin keine Entscheidung dazu getroffen, Kinderarbeit im Zusammenhang mit Grabsteinen für unzulässig zu erklären. Vielmehr steht deutschen Kommunen im Friedhofsrecht eine solche Formulierung rechtlich nicht zu. Hier sind Änderungen der Bundesländer gefragt. Informationen dazu finden Sie auch im Material 24 „Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen - Rechtswissenschaftliches Gutachten“ der Servicestelle, welches Sie bei uns bestellen oder im Internet herunterladen können.

Bezug: SKEW, Christian Wilhelm, Fon 0228/4460-1631, Fax 0228/4460-1601, [info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de), <http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html>

## **Kampagne für klimafreundliche Mobilität in fünf Städten**

Berlin, Braunschweig, Freiburg im Breisgau, Herzogenaurach und Kiel sind die Sieger im bundesweiten Wettbewerb des Bundesumweltministeriums „Kopf an: Motor aus. Für null CO auf Kurzstrecken“. Die Kommunen erhalten jeweils 200.000 Euro für eine Image- und Informationskampagne, die den Fußgänger- und Radverkehr fördern soll. Die Kampagnen sollen noch in der ersten Hälfte dieses Jahres gestartet werden und umfassen spezielle Events, Posteraktionen, Kinospots und Mitmach-Aktivitäten. Über allem steht das Ziel der emissionsfreien Mobilität in der Stadt. Insgesamt hatten sich 55 Städte beim Bundesumweltministerium um den Zuschlag der Kampagne in 2010 beworben, bei der die Menschen dazu motiviert werden sollen, auf Kurzstrecken das Auto stehen zu lassen und stattdessen mit dem Rad zu fahren oder zu Fuß zu gehen. Bis in die letzte Runde schafften es neben den Gewinnerstädten auch Bremen, Coesfeld, Göttingen, Jena, Kirchheim unter Teck, Ludwigsburg, Münster, Norderstedt, Potsdam und Unna. Im vergangenen Jahr wurde die Kampagne bereits in den vier Modellstädten Bamberg, Dortmund, Halle an der Saale und Karlsruhe mit Erfolg umgesetzt. Umfragen zufolge nahmen fast alle Befragten die Klimaschutzinitiative äußerst positiv auf. Ein Großteil gab an, die Kampagne sei richtig und leiste einen wertvollen Beitrag für die Umwelt. Viele wurden demnach auch zum „Umsteigen“ angeregt und haben vor, künftig weniger mit dem Auto zu fahren.

[www.kopf-an.de/](http://www.kopf-an.de/)

## **Sonthofen und Bad Honnef neue Fairtrade Towns**

Der Kreis der Fairtrade Towns in Deutschland wächst weiter. Die Stadt Sonthofen ist im Dezember 2009 als Fairtrade Town ausgezeichnet worden. Bad Honnef erhielt den Titel im Januar 2010. Beide Städte gehören damit zu den mehr als 700 Fairtrade Towns weltweit. Sonthofen übernimmt bereits seit vielen Jahren Verantwortung für den fairen Handel. Bereits 2005 verabschiedete die Stadt die Sonthofer Erklärung zum Global-Marshall-Plan und beschloss damit die Übernahme besonderer Verantwortung für die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Soziales im Sinne der Alpenkonvention. An der Fairtrade Town-Aktion beteiligen sich neben dem Sonthofener Weltladen zehn Geschäfte, drei Cafés und Restaurants, fast alle Schulen, die Kirchengemeinde, der Katholische Frauenbund, verschiedene Vereine, Firmen, Geschäfte, Büros und sogar ein Friseursalon. Und die Stadt will sogar noch weiter gehen. Unter dem Motto Bio-Regional-Fair will sie nicht nur den fairen Handel unterstützen, sondern auch hiesige Produkte der Landwirtschaft und Bio-Produkte aus der Region in die Aktion

einbeziehen. Auch Bad Honnef nimmt im fairen Handel eine Vorreiterrolle ein, wobei der Prozess zur Bewerbung als Fairtrade Town erst im Sommer 2009 von der Evangelischen Jugend Bad Honnef angestoßen wurde. Nachdem der Stadtrat dann den nötigen Beschluss gefasst hatte, kümmerte sich eine Steuerungsgruppe mit Vertretern der Kirchen, der Stadt, der Fachhochschule und anderen um die Erfüllung der geforderten Kriterien. Mittlerweile verwenden neben Weltladen, KSI, Supermärkten und der Gastronomie auch Schulen, Kirchengemeinden und Vereine Fairtrade-Produkte.

[www.fairtrade-towns.de/](http://www.fairtrade-towns.de/)

## **446.000 Euro von Leipzig an UNICEF**

Die Spendensumme, die im Rahmen der UNICEF-Städtepartnerschaft in den vergangenen beiden Jahren in der Stadt Leipzig gesammelt wurde, steht fest: Einen symbolischen Scheck in Höhe von 446.000 Euro konnte Oberbürgermeister Burkhard Jung auf der Abschlussveranstaltung am 27. Januar 2009 an die UNICEF-Repräsentantin Eva Padberg überreichen. Über 140 Veranstaltungen konnten in den beiden Partnerschaftsjahren von Leipziger BürgerInnen, Vereinen, Schulen und Unternehmen realisiert werden. Es wurde für UNICEF gebacken, gelaufen, geschwommen, gesungen, gekickt und vieles mehr. Neben dem Spendensammeln stand aber auch die wichtige Arbeit von UNICEF im Mittelpunkt, vor allem die Themen Kinderarmut und Kinderrechte. Das in Leipzig gesammelte Geld kommt den beiden UNICEF-Projekten „Schulen und Afrika“ und „Das Überlebenspaket“ zu Gute. Der Staffelnstab der UNICEF-Städtepartnerschaft, die am 31. Dezember letzten Jahres endete, wurde nun mit der Übergabe der Spendengelder an das UN-Kinderhilfswerk endgültig an Karlsruhe übergeben, die als 17. deutsche Stadt 2010 die UNICEF-Partnerschaft übernommen hat.

[www.leipzig.unicef.de/](http://www.leipzig.unicef.de/)

## **Millennium-Entwicklungsziele in der Gemeinde Steinhagen**

Die Gemeinde Steinhagen ist der Millenniums-Erklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) beigetreten. Nachdem der Rat der Gemeinde bereits am 24. Juni 2009 dem Beitritt zugestimmt hatte, unterzeichnete Bürgermeister Klaus Besser am 22. Dezember 2009 das entsprechende Dokument. Darin festgelegt sind unter anderem Ziele zur Bekämpfung der weltweiten Armut und zum Umweltschutz. Die Initiative für die Unterzeichnung kam vom Bürgerkomitee für Entwicklungszusammenarbeit.

<http://www5.gemeinde-steihagen.de/>

## **Bürgerhaushalt in der Stadt Münster**

Die Stadt Münster will ihre BürgerInnen stärker an den Haushaltsberatungen beteiligen. Dazu hat im Januar 2010 eine erste Bürgerversammlung stattgefunden, an der sich mehr als 100 TeilnehmerInnen beteiligten. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Markus Lewe, Stadtkämmerin Helga Bickeböller, dem Leiter des Amtes für Finanzen und Beteiligungen, Alfons Reinkemeier, und dem Büroleiter des Oberbürgermeisters, Rainer Uetz, diskutierten sie über die aktuelle Haushaltslage, aber auch über zukünftig denkbare Beteiligungsmöglichkeiten für alle EinwohnerInnen von Münster. Da nicht alle Fragen bereits auf der ersten Bürgerversammlung geklärt werden konnten, hat Oberbürgermeister Markus Lewe weitere Gesprächsrunden angekündigt, die in Kürze stattfinden sollen.

[www.muenster.de/stadt/buergerbeteiligung.php](http://www.muenster.de/stadt/buergerbeteiligung.php)

## **Kommunen im Ruhrgebiet gegen ausbeuterische Kinderarbeit**

Immer mehr Städte und Gemeinden schließen sich dem Aufruf der Regionalstelle für entwicklungspolitische Bildung an, sich im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres „Essen für das Ruhrgebiet“ in einer gemeinsamen Erklärung zu verpflichten, künftig auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit in ihrer Beschaffung zu verzichten und die Magna Charta Ruhr.2010 zu unterzeichnen. Nach der Liste des Netzwerkes Faire Kulturhauptstadt Ruhr.2010 bei der EXILE Kulturkoordination e. V. der Koordinierungsstelle „Informationsstelle 3. Welt e. V.“ sind seit Dezember 2009 die Städte Bottrop, Ennepetal, Essen, Hamm, Kamp-Lintfort und der Kreis Wesel der Kampagne beigetreten.

[www.iz3wdo.de/kampagnen.html](http://www.iz3wdo.de/kampagnen.html)



## **Neuer Vorsitzender des Beirates für nachhaltige Entwicklung**

Andreas Jung ist neuer Vorsitzender des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung. Zu seiner Stellvertreterin wurde Gabriele Lösekrug-Möller benannt. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wurde am 17. Dezember 2009 auf Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eingesetzt. Aufgabe des Gremiums ist es, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten und entsprechende Empfehlungen abzugeben.

[www.bundestag.de/presse/hib/2010\\_01/2010\\_013/01.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_01/2010_013/01.html),  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/002/1700245.pdf>

## **Organisation direkt**

### **International Search and Rescue Germany**

Ihre Hilfe ist vor allem nach Naturkatastrophen gefragt. Denn die ehrenamtlichen HelferInnen von I.S.A.R. Germany haben sich auf die Suche und Rettung von Menschenleben spezialisiert. Dabei ist die Hilfsorganisation rein auf Spenden angewiesen, die auf ihrem Vereinskonto eingehen. Denn anders als die großen Hilfsorganisationen profitiert der private Verein nicht von Millionenbeträgen aus groß angelegten Spendenaktionen oder von Fernsehsendern initiierten Spendensammlungen. Gegründet wurde I.S.A.R. Germany im Juni 2003 durch Mitglieder der Feuerwehrrettungshundestaffel Duisburg. Da die meisten Gründungsmitglieder bereits Erfahrungen im Search-and-Rescue-Auslandseinsatz im Rahmen der Tätigkeit für andere Hilfsorganisationen sammeln konnten, war die Idee entstanden, eine eigene Organisation für diesen Aufgabenbereich zu gründen. Der Weg von der Gründung zu einer einsatzfähigen Einheit wurde dabei durch viele Förderer begleitet. Sämtliche Ausrüstungsgegenstände und Einsatzmittel wurden durch Spendengelder und Sponsoring beschafft. Durch die zusätzliche unermüdliche ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder von I.S.A.R. Germany konnte bereits ein Jahr später die Einsatzfähigkeit erlangt werden. Die erste Bewährungsprobe erfolgte nach der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien im Dezember 2004 und Januar 2005. Ein Search-and-Rescue-Team wurde in Phuket eingesetzt. Zudem beteiligte sich I.S.A.R. Germany an einem Wiederaufbauprojekt eines Fischerdorfes in Phuket. Nach dem starken Erdbeben 2005 in Pakistan wurde ebenfalls ein Team entsandt, wobei zwei Jungen lebend aus den Trümmern einer Schule befreit werden konnten. Und auch in Haiti waren die RetterInnen von I.S.A.R. Germany im Einsatz.

[www.isar-germany.de/home.htm](http://www.isar-germany.de/home.htm)

## **Monatshighlight**

### **Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**

Armut wird häufig allein mit den Entwicklungsländern in Verbindung gebracht, wo Hunger, Unterernährung und Mangel an sauberem Trinkwasser zum Alltag gehören. Aber auch Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Nach jüngsten Daten des EU-Amtes für Statistik Eurostat leben mit 80 Mio. EuropäerInnen knapp 16 Prozent der Menschen in der EU unterhalb der Armutsgrenze und sind bei Arbeit, Bildung, Wohnen, sozialen und finanziellen Dienstleistungen ernsthaft benachteiligt. Jeder Zehnte lebt zudem in einem Haushalt, in dem kein Familienmitglied Arbeit hat. Um das Leben dieser Menschen zu verbessern, hat die Europäische Union 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. Für die Kampagne stellt die EU insgesamt 17 Mio. Euro bereit. In Deutschland stehen rund 2,2 Mio. Euro aus Bundes- und EU-Mitteln zur Verfügung. Neben einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne, um auf die Probleme von Armut und Ausgrenzung hinzuweisen und Wege daraus aufzuzeigen, steht dabei die Realisierung von insgesamt 40 Projekten vor Ort im Mittelpunkt. Die Auftaktveranstaltung in Deutschland findet am 25. Februar 2010 in Berlin statt.

[www.2010againstopoverty.eu/opencms/?langid=de](http://www.2010againstopoverty.eu/opencms/?langid=de), [www.mit-neuem-mut.de/portal/generator/10850/startseite.html](http://www.mit-neuem-mut.de/portal/generator/10850/startseite.html)

## Partnergesuche

### **Städtepartnerschaftsgesuch aus Kamerun**

Die Stadt Foumban sucht eine deutsche Partnerkommune. Foumban hat 120.000 EinwohnerInnen und liegt im Département Noun im westlichen Kamerun. Sie ist die traditionelle Hauptstadt des südlichsten Sultanats Kameruns und historisches, politisches, religiöses und kulturelles Zentrum des Volkes der Bamoun und zugleich auch älteste Stadt Kameruns. Foumban ist ein wichtiger touristischer Anziehungspunkt, wobei die Stadt nicht nur über architektonische Besonderheiten wie den Königspalast verfügt, welcher nach deutschem Vorbild errichtet wurde, sondern auch berühmt ist für ihren Markt für Kunstgegenstände (Messing). Hauptidealhauptzweige sind die Landwirtschaft und das Kunsthandwerk. Infos: Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Ines Spengler, Lindenallee 13-17, 50968 Köln, Fon 0221/3771-313, [ines.spengler@staedtetag.de](mailto:ines.spengler@staedtetag.de)

### **Städtepartnerschaftsgesuch aus China**

Bozhou sucht eine deutsche Partnergemeinde. Die Stadt liegt im Nordwesten der Provinz Anhui im Südosten der Volksrepublik China. In der Stadt leben 450.000 Menschen, die jedoch Verwaltungszentrum für insgesamt 5,9 Mio. BewohnerInnen ist. Bozhou blickt auf eine mehr als 7.000-jährige Geschichte zurück. Belege gehen bis auf die Shang Dynastie zurück und sind noch heute an den Ausgrabungsstätten und Tempeln der Stadt zu bewundern. Dazu gehören das Grab der Cao Dynastie oder der Tianjing Palast. Die Landwirtschaft spielt eine bedeutende wirtschaftliche Rolle in der Region. Hauptanbauprodukte sind Weizen, Sojabohnen, Baumwolle und Tabak. Ein weiterer wichtiger Wirtschaftsfaktor ist der Weinanbau, der mit einer jährlichen Produktion von etwa 80.000 Tonnen Branntwein chinaweit bekannt ist. Zu einem raschen Wirtschaftswachstum in Bozhou trägt zunehmend die Industrie bei. Dominierend sind dabei die Automobilindustrie und der wachsende Energiesektor. Aber auch chinesische Alternativmedizin, Kohleenergie oder Tourismus tragen zur Stärkung von Handel und Dienstleistungssektor bei. Bozhou will seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung durch interkulturelle und internationale Beziehungen fördern. So bestehen bereits Städtepartnerschaften mit Shimanto in Japan oder Svedberg in Dänemark. Infos: InWEnt/Abt. 2.04, Dr. Richard Ratka, Fon 0228/4460-1610, [Richard.Ratka@inwent.org](mailto:Richard.Ratka@inwent.org)

## Wettbewerbe

*Einsendeschluss 31.03.2010*

### **Bundesweiter Wettbewerb „Innovative Konzepte im Mobilitätsmanagement“**

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) ruft Kommunen und Betriebe in Deutschland auf, sich an einem Wettbewerb zum Mobilitätsmanagement zu beteiligen. Ausgelobt sind Preise im Wert von über 300.000 Euro. Prämiiert werden jeweils fünf Gewinner im betrieblichen und im kommunalen Mobilitätsmanagement, die mit besonders guten Konzepten Autofahrten auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad verlagern oder ganz vermeiden wollen. Die Konzepte werden nach der geschätzten Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen, aber auch hinsichtlich ihres Innovationscharakters und ihrer Übertragbarkeit beurteilt. Wichtig sind hier vor allem weiche Maßnahmen wie Kommunikation, Koordination und Service. Dies können etwa Carsharing-Angebote, Jobticketregelungen oder Maßnahmen zur Fahrradförderung sein. Neben Investitionskostenzuschüssen für die Umsetzung der Konzepte zwischen 10.000 und 50.000 Euro hat die dena auch die fachliche Begleitung der geplanten Mobilitätsmanagementprojekte ausgelobt. Der Wettbewerb findet im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramms „effizient mobil“ statt.

[www.effizient-mobil.de/index.php?id=wettbewerb2](http://www.effizient-mobil.de/index.php?id=wettbewerb2)

*Einsendeschluss 31.03.2010*

### **WDR-Kinderrechtspreis**

Der „WDR-Preis für die Rechte des Kindes“ richtet sich an alle Kinder und Erwachsene, die sich für Kinderrechte einsetzen. Der Preis soll besonders Kinder ermutigen, selbst etwas für ihre Rechte zu tun.

Bewerben können sich alle, die sich erfolgreich für ihre Rechte einsetzen oder dies in den vergangenen zwei Jahren getan haben und in Nordrhein-Westfalen wohnen. Insgesamt werden 5.500 Euro auf die Preisträger verteilt.

[www.wdr.de/radio/home/kinderrechte/infos\\_fuer\\_kinder.phtml](http://www.wdr.de/radio/home/kinderrechte/infos_fuer_kinder.phtml)

*Einsendeschluss 20.04.2010*

### **Schülerwettbewerb „Bio find ich kuh-I“**

Zum achten Mal können SchülerInnen der dritten bis zehnten Klassen auf Entdeckungsreise rund um den biologischen Landbau und um Biolebensmittel gehen. Unter dem Motto „Bio und Ernährung – food und fit, mach doch mit!“ lädt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dazu ein, sich genauer mit dem Thema „Biologischer Landbau und Ernährung“ auseinanderzusetzen. Zugelassen sind Klassen-, Gruppen- und Einzelarbeiten. Die Bewertung erfolgt in vier Altersgruppen. Ob Plakate, Filme oder Lieder - fast alles an kreativen Beiträgen ist möglich. Als Gewinne winken unter anderem eine dreitägige Reise nach Berlin, Tagesausflüge und Bio-Überraschungspakete.

[www.bio-find-ich-kuhl.de/](http://www.bio-find-ich-kuhl.de/)

*Einsendeschluss 15.05.2010*

### **Niedersächsischer Gewässerwettbewerb „Bach im Fluss“**

Der Wettbewerb möchte Maßnahmen, Aktionen und Initiativen zur Entwicklung niedersächsischer Fließgewässer ins Licht der Öffentlichkeit rücken und mit guten Beispielen zur Nachahmung anregen. Mögliche Wettbewerbsbeiträge sind etwa Umgestaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen am Gewässerlauf zur Verbesserung der Struktur, Durchgängigkeit oder Gewässergüte. Ebenso können Unterhaltungsmaßnahmen eingereicht werden, die darauf ausgerichtet sind, die Arten- und Strukturvielfalt der Gewässer zu erhöhen. Auch Projekte zur naturverträglichen und nachhaltigen Erholungsnutzung von Fließgewässern und ihren Auenlandschaften sowie Öffentlichkeits- und Umweltbildungsmaßnahmen mit Bezug zu Fließgewässern sind willkommen. Mitmachen können Kommunen, Verbände, Vereine, Zusammenschlüsse und Initiativen, die entsprechende Projekte durchgeführt haben oder durchführen. Träger des Wettbewerbs sind das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens.

[www.wrrl-kommunal.de/](http://www.wrrl-kommunal.de/)

## **Spruch des Monats**

*„Nur in einer Welt frei von Armut können alle Männer und Frauen das Beste aus ihren Fähigkeiten herausholen.“*

Kofi A. Annan, ehemaliger UN-Generalsekretär

## **Kontakt und Hinweise**

Mit besten Grüßen

Ihr Team Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH

Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

Fon 0228/4460-1632 | Fax 0228/4460-1601

[info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de)

V.i.S.d.P.: Michael Marwede

Redaktion: [barbara.baltsch@inwent.org](mailto:barbara.baltsch@inwent.org)